



Wünsch dir was im Kanzleramt

Warum der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für das Hotelgewerbe falsch ist

von Manfred Nink

Weihnachten steht vor der Tür und noch haben CDU, CSU und FDP nicht alle Geschenke für ihre Klientel eingekauft, verpackt und unter den Tannenbaum gelegt. Zuletzt wurde ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsdienstleistungen im Hotelgewerbe eingesackt.

Die CSU ist eine große Freundin ihrer bayerischen Hoteliers. Diese litten unter der ausländischen Konkurrenz in Österreich und der Schweiz, heißt es. Die Argumentation: Durch die 19-prozentige Mehrwertsteuer für Übernachtungen seien deutsche Hotels gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten mit niedrigeren Mehrwertsteuersätzen benachteiligt. Die Lösung sei, für Übernachtungen nur 7 Prozent Mehrwertsteuer zu verlangen - und zwar in ganz Deutschland.

Diese Argumentation verdeutlicht die dreiste Klientelpolitik dieser Bundesregierung. So stellte z.B. der Sachverständige Dieter Ondracek von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft bei der Anhörung des Finanzausschusses am 30. November fest: „Ich sehe auch keine Wettbewerbsverzerrung. Wenn ich in Bad Reichenhall etwas zu tun habe, fahre ich nicht zur Übernachtung nach Salzburg, wo der Umsatzsteuersatz

niedriger ist, weil die Übernachtung in Salzburg trotzdem um einiges teurer ist als in Bad Reichenhall. Das ist keine Konkurrenzsituation.“ Und wer in Berlin zu tun hat, wird wohl auch nicht zum Übernachten ins Ausland fliegen. Außerdem muss ein geringer Mehrwertsteu-

Bürokratieabbau hat das nichts zu tun. Und schlussendlich fehlen die Mindereinnahmen von geschätzt bis zu drei Milliarden Euro bei der Mehrwertsteuer in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen. Den Bürgerinnen und Bürgern kommt das teuer zu stehen - weni-



Eine Nacht im Hotel Adlon: Dank 7-prozentiger Mehrwertsteuer bald ein Schnäppchen?

ersatz nicht unbedingt günstigere Übernachtungen bedeuten - höhere Gewinne bei gleichen Preisen für die Hoteliers erscheinen eher denkbar.

Umständlich und bürokratisch wird außerdem die Handhabung einer solchen Regelung. Getrennte Rechnungen für Frühstück und Übernachtung beispielsweise müssen geschrieben werden und erhöhen den Aufwand für die Hotelbetreiber. Mit dem allseits geforderten

ger Geld für den Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, weniger Geld für Bildung und Kinderbetreuung und weniger Geld für Sozialleistungen.

So kommt Prof. Dr. Stefan Homburg von der Leibniz Universität Hannover zu dem Schluss: „Die Senkung der Umsatzsteuer für die Hotellerie ist ökonomisch irrsinnig. Es ist sicherlich der schlechteste Vorschlag sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht.“

2 | Die Bundespolitik

Alle Kinder sind gleich viel wert!

Union und FDP manifestieren die Chancenungleichheit von Kindern

Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP verschärft die ungleiche Verteilung der Zukunftschancen unserer Kinder. In der Familienpolitik schlagen die neuen Koalitionäre den Weg der sozialen Spaltung ein.

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden das Kindergeld und der Kinderfreibetrag angehoben. Momentan liegt dieser Freibetrag für Eltern bei 6.024 Euro je Kind. Der Kinderfreibetrag wird zum 1. Januar 2010 auf 7.008 Euro angehoben. Wird dieser Betrag auf den einzelnen Monat umgerechnet könnte es also 275 Euro pro Kind geben.

Steuersenkungen und Freibeträge bevorzugen vor allem Menschen mit hohem Einkommen

Der Haken allerdings ist, dass von diesem Freibetrag nur profitiert, wer mehr Einkommensteuern spart, als er in Form von Kindergeld erhält. Dies ist nach derzeitigen Einschätzungen von Experten erst ab einem Jahreseinkommen von mehr als 30.000 Euro pro Person der Fall. Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen werden also von der Anhebung des Kinderfreibetra-



Kinder- und Familienpolitik: Im Wahlkampf ein Thema vor allem bei jungen Frauen.

ges nicht profitieren und stattdessen 184 Euro Kindergeld bekommen – rund 90 Euro weniger als Eltern mit hohem Einkommen trotz der Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro. Schwarz-Gelb sind Kinder reicher Eltern also mehr wert als Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Das ist meinem Verständnis nach sozial ungerecht!

Familien und Kinder, die Hilfe am dringendsten benötigen, bleiben durch die Regierung vollkommen unbeachtet. In Deutschland leben 1,7 Millionen Kinder in Hartz-IV-

Familien. Von der Erhöhung des Kindergeldes profitieren diese nicht, denn das Kindergeld wird auf den Hartz-IV-Satz angerechnet.

An Familien und Kinder in Hartz IV wurde bei der Kindergelderhöhung nicht gedacht

Der Weg, den die SPD vorschlägt, ist geeignet diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Der Kinderfreibetrag muss in einen Kindergrundfreibetrag umgewandelt werden. Im Zusammenspiel mit dem Kindergeld würden so alle Kinder in gleicher Höhe gefördert – vollkommen unabhängig vom Einkommen der Eltern. In der Regierungsverantwortung hat die SPD gezeigt, dass ihr die Unterstützung von Kindern ernst ist. Beispiele aus der vergangenen Legislaturperiode sind der Kinderzuschlag und das Schulstartpaket. Wir brauchen darüber hinaus mehr Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung und gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte an. Gleiche Chancen für alle Kinder von Anfang an muss das Ziel sein. Mit sozialer Ungleichbehandlung und Selektion wie unter Schwarz-Gelb erreichen wir dieses Ziel nicht. *Manfred Nink*

Mehr Stellungnahmen der SPD-Bundestagsfraktion im Internet

Umbau der JobCenter verantwortungslos / Hilfe aus einer Hand bleibt erforderlich

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,49071,00.html

Steinmeier und Gabriel im Dialog mit Studierenden / Verständnis für Proteste und große Übereinstimmung

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50010,00.html

SPD stimmt für ISAF-Fortsetzung / Regierung muss Afghanistan-Konferenz jetzt vorbereiten

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50024,00.html

Seit fast 18 Jahren im Bundestag

Teamarbeit für die Region in Trier und Berlin - Folge 1: Wahlberlinerin Mirabell Schatz

Sie arbeiten weitestgehend im Hintergrund. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten organisieren, recherchieren und kommunizieren. Mirabell Schatz sorgt im Berliner Büro von Manfred Nink für geregelte Arbeitsabläufe und noch vieles mehr. Ein Interview.

Spreebrief: Wie sieht Ihre Arbeit in Berlin aus?

Die Arbeitsbereiche sind vielfältig. Zunächst fallen darunter z.B. die Büroorganisation, die Planung von Terminen, die Vorbereitung von Korrespondenz, die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern oder auch die Betreuung und

weilig, obwohl ich sie nun schon seit fast 18 Jahren mache. Man ist jeden Tag mit aktuellen und politisch relevanten Themen befasst und wenn man so will eigentlich immer am Puls der Zeit.

Spreebrief: Warum arbeiten Sie für einen SPD-Abgeordneten?

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein möglichst gutes Leben. Die SPD gibt die besten Antworten darauf, benachteiligten und schwachen Menschen eine Chance zu geben, übernimmt Verantwortung; versucht eine Gemeinschaft im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen und wahrt am besten die Balance zwischen Gleichheit und Freiheit. Nicht zuletzt aus diesen Gründen bin ich auch selbst SPD-Mitglied.

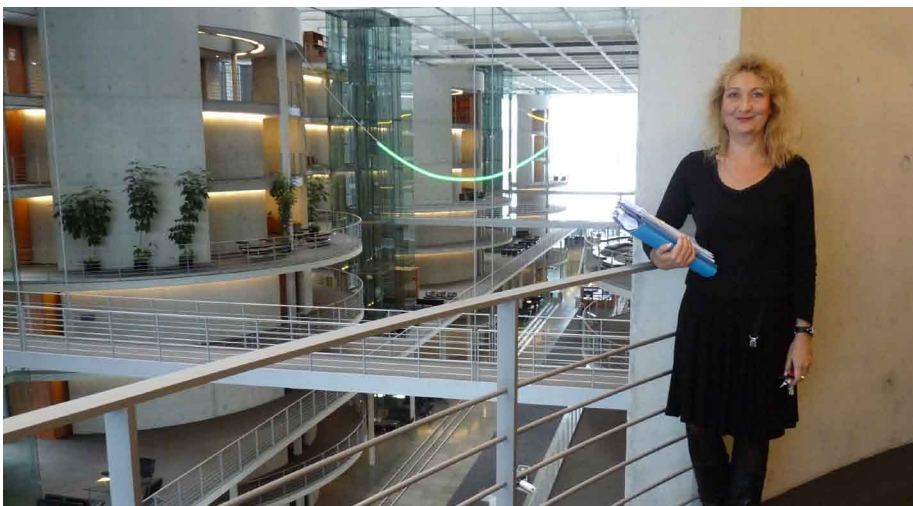
Spreebrief: Ein paar Worte zu Berlin...

Berlin ist meine zweite Heimat – nach dem Rheinland.

Spreebrief: ... und zur Heimat Ihres Abgeordneten?

Zu Trier fällt mir meine Schulzeit ein. Aufgewachsen bin ich in Andernach. Wir haben als Kinder und Jugendliche viele Klassenfahrten und Familienausflüge nach Trier, an die Mosel und in die Eifel unternommen.

Außerdem freue ich mich nach vielen Jahren Arbeit für Karl Diller, nun für seinen Nachfolger Manfred Nink im Bundestag zu arbeiten. Das ist eine Arbeit, die mir Spaß macht. Und ich bleibe mit den Menschen in der Region Trier und den Genossinnen und Genossen dort verbunden.



Alltägliche Wege: Mirabell Schatz mit Post und Akten unterwegs im Paul-Löbe-Haus.

Spreebrief: Wie wird man Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten?

Nach meinem Geschichtsstudium an den Universitäten Bonn und Wien arbeitete ich zunächst bei der Kultusministerkonferenz in Bonn. 1992 bekam ich eine Teilzeitstelle bei einem Bundestagsabgeordneten. Zudem blieb ich meinen Studieninteressen treu. Als freie Mitarbeiterin im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ führte ich Besuchergruppen durch die dortige Dauerausstellung. Ab 1996 arbeitete ich dann Vollzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Trierer Bundestagsabgeordneten Karl Diller bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament in diesem Jahr.

Koordination der Besuchergruppen aus dem Wahlkreis, die in Berlin einen Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und die parlamentarischen Abläufe erhalten. Dazu kommt dann noch die Unterstützung von Manfred Nink bei der inhaltlichen Vorbereitung der Ausschuss-, Arbeitsgruppen- und Plenumsitzungen durch Recherche, Dokumentation und ähnlichem.

Spreebrief: Was mögen Sie an Ihrem Beruf?

Am schönsten ist, dass ich mit vielen Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen zu tun habe. Mir bereitet es Freude, wenn ich Bürgern bei Ihren Anliegen helfen kann. Die Arbeit hier wird nie lang-

4 | Aus Partei und Fraktion

Weihnachtsgrüße aus Berlin



Weihnachten in der Hauptstadt: Ein leuchtender Weihnachtsbaum schmückt den Platz vor dem Berliner Reichstag. Steuergeschenke hat Schwarz-Gelb bereits reichlich an ihre Lobbygruppen verteilt, bezahlen müssen wir diese alle in den kommenden Jahren.

Seit dem letzten Spreebrief

23. November bis 6. Dezember

Sitzungen des Deutschen Bundestages

Treffen der rheinland-pfälzischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Ver.di-Landesvorstand Rheinland-Pfalz in Berlin

7. bis 13. Dezember

Teilnahme an der IHK-Vollversammlung in Trier

Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Staatsminister Hendrik Hering zu verkehrs- und wirtschaftspolitischen Themen für die Region

Jubilarehrung des SPD-Kreisverbandes Trier-Saarburg

Teilnahme am Benefizkonzert zu Gunsten des Hauses Tobias

14. bis 20. Dezember

Sitzung des Kreistages Trier-Saarburg und des Gemeinderates Kenn

Sitzungswoche im Bundestag

Rückblick: Superwahljahr

Liebe Freundinnen und Freunde,

wenn sich das Jahr dem Ende zuneigt, dann ist es all über all Zeit für Jahresrückblicke und Bilanzen. Auch ich möchte in dieser letzten Ausgabe des Spreebriefs im Jahr 2009 so verfahren.

Dieses Jahr haben viele von Euch ganz intensiv (partei-)politisch erlebt. Das Wort vom „Superwahljahr“ begleitete uns von Januar bis Dezember. Die Kommunalwahl und die Europawahl im Juni sowie die Bundestagswahl Ende September haben uns mit den dazugehörigen Wahlkämpfen mächtig auf Trab gehalten.

Mit Kurt Beck, Karl Peter Bruch, Hendrik Hering, Carsten Kühl, Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier und anderen konnten wir führende Köpfe unserer Partei in der Region begrüßen und mit ihnen z.B. zu den Themen Rheinland-Pfalz-Takt, Mindestlohn, Freiwillige Feuerwehren und sozialdemokratische

Wirtschaftspolitik sprechen. Wir waren somit in diesem Jahr nicht nur auf der Straße, sondern haben auch inhaltlich Schwerpunkte gesetzt und öffentlich diskutiert.

Und obwohl die Wahlergebnisse wenig Grund zu überschwänglicher Freude gaben, können wir doch auch im kommenden Jahr in Europa sowie auf kommunaler Ebene vielerorts Politik gestalten und im Bund unsere Partei in der Opposition erneuern.

In diesem Sinne möchte ich Euch allen für Eure engagierte Arbeit für die SPD danken. Ich wünsche Euch und Euren Familien ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herzlichst,

Euer

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de